

1/SN-49/ME 1 von 3



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 921.137/1-II/A/1/87

Präsidium des Nationalrates

1010 W i e n

ZI 4P -GE 9 87
Datum: 13. AUG. 1987
17. AUG. 1987

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Thienel

2543

H. Baur

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulzeit-
gesetz 1985 geändert wird;
Begutachtungsverfahren

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen einer Stellungnahme des
Bundeskanzleramtes - Sektion II zum gegenständlichen Gesetzes-
entwurf des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport
übermittelt.

Beilage

6. August 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
Böhm

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Guad



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 921.137/1-II/A/1/87

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Thienel

2543

12.663/7-III/2/87
14. Juli 1987

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulzeit-
gesetz 1985 geändert wird;
Begutachtungsverfahren

Das Bundeskanzleramt - Sektion II nimmt zum Gegenstand wie
folgt Stellung:

Zu den §§ 2 Abs. 5, 8 Abs. 5 und 10 Abs. 6:

Aus ho. Sicht bestehen gegen die Freigabemöglichkeit für den
Samstag vor den Semesterferien zu Lasten der für die Abhaltung
von Wiederholungsprüfungen, Elternsprechtagen und Lehrerkon-
ferenzen zur Verfügung stehenden Tage Einwände. Diese Regelung
ist einerseits nicht sachgerecht, weil realistischlicherweise davon
auszugehen ist, daß solche Samstage unter öffentlichem Druck
immer freigegeben werden müssen, unabhängig davon, ob Interes-
sen des Schulbetriebes dadurch beeinträchtigt werden. Auch aus
dienst- und besoldungsrechtlicher Sicht bestehen gegen diese
Bestimmung schwere Bedenken, weil sie für Lehrer eine weitere
Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Bezügen be-
wirkt. Die Lehrer, die ohnehin in den Genuß von ca. 3 Monaten
Ferien pro Jahr kommen, werden damit wiederum gegenüber den
anderen Besoldungsgruppen begünstigt.

- 2 -

Das Bundeskanzleramt schlägt vor, solche Samstage nur unter der Bedingung freizugeben, daß der entfallende Unterricht durch zusätzliche Unterrichtsstunden vor oder nach den Semesterferien eingebracht werden muß.

6. August 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
Böhm

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Mad' or similar, written over the text 'der Ausfertigung:'.